

So meistert die Schweiz die Flüchtlingswelle

Während des Ukraine-Krieges gewährte die Schweiz so vielen Zuflucht wie noch nie – fünf Erkenntnisse nach einem Jahr Krisenmodus

IRÈNE TROXLER, DANIEL GERNY

■ **Schutzstatus S – die Hoffnung auf eine rasche Rückkehr erweist sich als unrealistisch.**

Der russische Angriff auf die Ukraine löste vor einem Jahr innert Tagen eine Fluchtbewegung aus, wie sie Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hatte. Eine Woche nach Kriegsbeginn war rund eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer auf der Flucht. Weil das Schweizer Asylsystem nicht auf eine solche Massenflucht ausgerichtet ist, aktivierte der Bundesrat kurze Zeit später den Schutzstatus S: Ukraine-Flüchtlinge erhielten damit auch ohne Asylverfahren und unbürokratisch ein Aufenthaltsrecht und Unterstützung in der Schweiz. Innert einer Woche lagen bereits 3000 Gesuche vor.

Der Schutzstatus S ist auf die Rückkehr der Flüchtenden ausgerichtet: Sobald der Krieg zu Ende ist, müssen sie nach Hause. Aus diesem Grund sind für diesen Status grundsätzlich keine Integrationsleistungen vorgesehen. Inzwischen deutet nichts auf ein Kriegsende hin, eine schnelle Rückkehr in die Ukraine erscheint illusorisch. Die Zahl der Schutzsuchenden bleibt hoch: Über 8 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind europaweit als Flüchtlinge registriert, gegen 5 Millionen stehen unter temporärem Schutz. In der Schweiz haben bis Ende Januar über 75 000 Ukrainer den Status S erhalten, und noch immer kommen neue.

Andererseits sinkt die Bereitschaft zur Rückkehr mit zunehmender Aufenthaltsdauer und Integration. Im letzten Jahr haben nur rund 6000 Personen auf ihren Schutzstatus verzichtet und die Schweiz selbständig verlassen. Wie viele Ukrainer noch gehen werden, lässt sich kaum vorhersehen. In einer repräsentativen Umfrage unter Ukraine-Schutzsuchenden in Deutschland äusserte nur ein knappes Drittel klare Rückkehrabsichten. In der Schweiz wird die Lage ähnlich sein. Fachleute machten darauf aufmerksam, dass zwischen Rückkehrorientierung und Integrationszielen kein Widerspruch bestehen muss. Sie argumentieren: Integration bedeute in jedem Fall eine Steigerung des Bildungsgrades, was die Mobilität erhöhe – und später eine Rückkehr aus einer Position der Stärke erlaube. Ein Jahr nach Kriegsbeginn gehört deshalb die Wechselwirkung zwischen Rückkehrorientierung und Integration zu den drängendsten Fragen, wie es in einem Evaluationsbericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes heisst.

Dass ein vollständiger Verzicht auf Integrationsmassnahmen nicht sinnvoll ist, hat der Bundesrat früh realisiert. Bereits zu Beginn hat er pro geflüchteter Person einen Beitrag von 3000 Franken für den Spracherwerb beschlossen. Auch andere Massnahmen, wie die sofortige Zulassung von Ukrainern zum Arbeitsmarkt, verfolgten integrative Ziele. Inzwischen hat der Bund eine weitere Integrationspauschale von 3000 Franken beschlossen. Angesichts des unabsehbaren Endes des Krieges stellt sich die Frage erneut: Wie viel Integration ist sinnvoll und nötig, um die Lage für alle Beteiligten zu verbessern? Je länger der Krieg andauert, desto stärker rückt dieses Thema in den Vordergrund.

■ **Unterkunft für Flüchtlinge – auch ein Jahr nach Kriegsbeginn geht es nicht ohne privates Engagement.**

Pro Jahr werden in der Schweiz rund 50 000 neue Wohnungen erstellt, wobei in jedem Appartement im Schnitt 2,2 Personen leben. Das sind Zahlen des Bundesamtes für Statistik – und sie veranschaulichen, was die Flucht der Ukraine-Schutzsuchenden für die Schweiz bedeutet: Theoretisch wurde der Neubestand eines ganzen Jahres zu drei Vierteln einzig für die Unterbringung der Ukraine-Flüchtlinge benötigt – und dies innert kürzester Zeit bei tiefem Leerwohnungsbestand. Zeitweise stellten pro Tag 1500



Auch im Pestalozzi-Kinderdorf in Trogen werden ukrainische Flüchtlinge untergebracht.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Personen ein Gesuch um Schutzstatus S. Heute steht fest: Ohne die gewaltige Solidarität der Schweizer Bevölkerung wäre dieser Ansturm nie zu bewältigen gewesen. Zwar wurden Kollektivunterkünfte in Betrieb genommen oder Containersiedlungen gebaut. Doch die tragende Säule blieben die Gastfamilien. Innert weniger Tage meldeten sich bei der Kampagnenorganisation Campax 3000 Familien, die bereit waren, Flüchtlinge aus der Ukraine bei sich zu aufnehmen. Alles ging extrem schnell. Oft konnten die Menschen nicht einmal zu ihren Gastfamilien begleitet werden. Viele Schutzsuchende sind an den Kantonen und Gemeinden vorbei direkt zu Gastfamilien gekommen, zum Beispiel mithilfe von Facebook-Gruppen und privaten Organisationen. Insbesondere die Schweizerische Flüchtlingshilfe nahm im Auftrag des Bundes eine zentrale Rolle ein.

Trotz der grossen Hilfsbereitschaft waren die Gastfamilien oft überfordert. Sie hatten nicht damit gerechnet, wie stark die Ukrainer auf Unterstützung angewiesen sind, beispielsweise bei Behördenängsten, in Schulfragen oder beim Abschluss von Handy-Abos. Viele Flüchtlinge konnten kein Englisch, was die Verständnisprobleme vergrösserte. Rasch zeigten sich auch Probleme des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen auf engem Raum. «Die grosse Zahl der privaten Unterkünfte ist keine dauerhafte Lösung. Irgendwann wollen die Schutzsuchenden eigene Wohnungen, und die Gastfamilien möchten ihre Privatsphäre zurück», erklärte der St. Galler Regierungsrat Fredy Fässler Mitte Jahr.

Heute lebt noch immer rund ein Drittel der Schutzsuchenden bei Gastfamilien. Die Flüchtlingshilfe bezifferte den Anteil Ende 2022 auf 35 Prozent. Weil die Kantone jeweils zuständig sind, verfügt das Staatssekretariat für Migration (SEM) über keine schweizweite Statistik. Doch die Zahlen der Kantone sind aussagekräftig.

Im Kanton Bern, wo heute rund 7500 Ukrainerinnen und Ukrainer leben, wohnen noch 26 Prozent privat bei Gastfamilien. Die meisten Schutzsuchenden haben inzwischen eine eigene Wohnung gefunden. «Da der Anteil der Gastfamilien zuvor bei 75 Prozent lag, ist davon auszugehen, dass viele Personen mit Unterstützung der Gastfamilie eine eigene Wohnung finden konnten», erklärt Gundekar Giebel von der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion auf Anfrage. 12 Prozent leben in einer Kollektivunterkunft.

In Basel-Stadt wohnen immerhin noch 9 Prozent in Kollektivunterkünften. Der Anteil der Ukrainerinnen und Ukrainer, die bei Gastfamilien leben, hat

abgenommen, doch er ist noch immer hoch. Während im letzten März 82 Prozent der ausserhalb von Kollektivunterkünften lebenden Personen bei Gastfamilien untergebracht waren, lag dieser Anteil Ende 2022 bei rund 40 Prozent.

Alles deutet darauf hin, dass sich dies nicht schnell ändert. Mehr noch: Es kommen auch ein Jahr nach Kriegsbeginn neue Schutzsuchende. Aus Sicht des SEM ist die Lage noch immer angespannt, auch weil viele Asylsuchende aus anderen Ländern kommen. Die Herausforderung bestehe darin, dass man nicht vorhersagen könne, wie sich dieser Krieg und die Fluchtbewegungen entwickelten, erklärt ein Mediensprecher. «Aber wir können nicht erst mit der Suche nach Unterbringungsplätzen beginnen, wenn die Schutz- und Asylsuchenden vor unseren Türen stehen.»

■ **Die Integration von Kindern klappt gut, für Jugendliche fehlen Berufsperspektiven.**

Aus der Ukraine geflüchtet sind vor allem Frauen und Kinder. Entsprechend mussten die Schweizer Schulen in einem riesigen Effort Tausende Kinder einschulen. Vielerorts gelinge die Integration in die Klassen sehr gut, sagt Stephan Huber, Forschungsleiter an der Pädagogischen Hochschule Zug. Manche Schulen priorisierten allerdings die Sprachförderung und nahmen die Schüler vorläufig nicht in die Regelklassen auf.

Im Rahmen des sogenannten Schulbarometers hat Huber Lehrkräfte, Schulleitungen und Geflüchtete zu ihren Erfahrungen befragt. «Ein Grossteil der ukrainischen Kinder leidet unter einer Mehrfachbelastung», sagt er. Weil sie gewissermassen auf gepackten Koffern sässen, müssten sie nicht nur den Schweizer Schulunterricht besuchen, sondern auch ukrainische Online-Kurse verfolgen. Täten sie dies nicht, sei ein späterer regulärer Schulabschluss in ihrem Heimatland nicht mehr möglich. Zu den doppelten Schulpensen kämen doppelte Hausaufgaben und obendrauf noch die psychische Belastung der Flucht und die Angst um zurückgebliebene Familienangehörige.

Ältere Kinder und Jugendliche stehen vor der nächsten Herausforderung: Der Übergang ins Schweizer Berufsbildungssystem ist nicht leicht. Einerseits verlangen Lehrmeister in der Regel gute Kenntnisse der Landessprache. Andererseits beobachten kantonale Bildungsdirektionen, dass der rückkehrorientierte Status S viele Arbeitgeber abschreckt. Wer im ersten Lehrjahr viel in die Ausbildung investiert, zögert oft, jemandem eine Lehrstelle zu geben, der möglicher-

weise nach Kriegsende zurückgeschickt wird. Einige Kantone fordern vom Bund, klare Verhältnisse zu schaffen. Das würde wohl bedeuten, dass Jugendliche in Ausbildung bis zum Berufsabschluss in der Schweiz bleiben könnten – unabhängig vom Kriegsverlauf. Ein Schweizer Berufsabschluss sei sowohl im Hinblick auf eine Rückkehr als auch für den allfälligen Verbleib in der Schweiz sinnvoll, argumentieren Vertreter der Kantone.

■ **Mit der Integration in den Arbeitsmarkt geht es nicht so schnell wie erhofft – obwohl Arbeitskräfte fehlen.**

In der Schweiz herrscht derzeit ein ausgeprägter Arbeitskräftemangel, und die meisten Ukrainerinnen und Ukrainer sind besser ausgebildet als andere Flüchtlinge. Da man mit dem Status S sofort eine Arbeit suchen kann, waren anfänglich die Hoffnungen gross, dass die Ukrainer rasch vom Schweizer Arbeitsmarkt aufgenommen würden. Sie erfüllten sich nicht: Nur gerade 14,6 Prozent der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter haben bis zum 31. Januar eine Arbeit gefunden. Dies, obwohl 36 Prozent der Personen aus der Ukraine in einer Befragung angaben, auf Stellensuche zu sein. Von denjenigen, die in berufstätig sind, arbeiten die meisten im Gastgewerbe.

Mangelnde Sprachkenntnisse werden vom Arbeitgeberverband und von Integrationsstellen als Hauptgrund für die langsame Arbeitsintegration genannt. Ein Grossteil der freien Stellen wird von KMU angeboten, und dort geht es in der Regel nicht ohne Sprachkenntnisse. Jobs, in denen Englischkenntnisse genügen, findet man nur in den grossen Städten. Zudem sind gute Qualifikationen im Sinne von Hochschulabschlüssen nicht alles. Viele Arbeitgeber achten ebenso auf Arbeitserfahrung, und hier spielen auch Kenntnisse der hiesigen Normen und Rechtsvorgaben eine Rolle.

Vonseiten ukrainischer Organisationen wird noch eine Hürde genannt: Der Schweizer Föderalismus mache es den Flüchtlingen schwer, zu verstehen, was am Monatsende vom Lohn übrig bleibe, weil vieles auf Kantons- oder Gemeindeebene geregelt sei. Oft bleibe nach Abzug von Krankenkassenprämien, Wohnkosten, Steuern und Lohnnebenkosten nicht mehr übrig, als wenn man sich mit der Sozialhilfe begnüge. Muss jemand noch Kinderbetreuungskosten schultern, geht die Rechnung nicht auf. Zumindest im Tieflohnssektor gibt es somit wenig Anreize, arbeiten zu gehen.

■ **Viel Geld für Sozialhilfe und ein Beitrag an den Spracherwerb.**

Wie viel die Schweiz für die ukrainischen Flüchtlinge ausgegeben hat, lässt sich pauschal nicht beantworten. Bekannt sind bis jetzt die Zahlen des Bundes: 2022 fast eine Milliarde Franken. Die Kosten der Kantone werden erst im Herbst 2023 zusammengetragen sein.

Grundsätzlich ist die Sozialhilfe für Personen mit Schutzstatus S tiefer als für Einheimische. Wie viel Geld eine Person erhält, variiert von Kanton zu Kanton. Bei Erwachsenen in Kollektivunterkünften reicht das Spektrum von 6 Franken pro Tag bis zu 15 Franken. Wer individuell untergebracht ist, erhält zwischen 9,70 und 26,80 Franken. Allerdings erbringen Kantone, die wenig Geld auszahlen, in der Regel zusätzliche Leistungen. Manchmal werden Bildungskosten übernehmen, Vereinsbeiträge oder ÖV-Kosten, oder es werden Motivationspauschalen beim Besuch von Beschäftigungsprogrammen ausgerichtet. Alle Kantone kommen für die psychosoziale Betreuung der Geflüchteten auf. Für ihre soziale und berufliche Integration bezahlt der Bund pro Person und Monat 250 Franken. Damit soll vor allem der Spracherwerb gefördert werden. Manche Kantone oder Gemeinden legen noch etwas drauf.

Für 2023 hat der Bund rund 2,1 Milliarden Franken budgetiert, davon 1,7 für Sozialhilfe und 300 000 Franken für Sprachkurse und andere Unterstützungsmassnahmen.